SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

SPD-Fraktion / CDU-Fraktion / FDP-Fraktion
Feuerwehr
Frau Mahlstedt, Tel. 1212
Bremerhaven, 05.10.2021

Vorlage Nr. I 51/2021		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**Ja**	Anzahl Anlagen: 1

Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"

Anliegender Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion ist fristgerecht für die nächste Ausschusssitzung eingegangen.

G Beschlussvorschlag
Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit fordert den Magistrat auf,

- Sensibilisierung der Dezernate, Verdeutlichung der Verantwortung, gemeinsamer Ausbildungstermin für Schulungen der Führungskräfte.
- Durch einen Magistratsbeschluss muss eine wiederholte Bestätigung der Dezernats-Verantwortlichkeiten für die jeweiligen Aufgaben, wie zum Beispiel Unterbringungen und Versorgung der evakuierten Bevölkerung, Einsatz von schweren Räumungsgeräten und ebenfalls für neue Aufgabenfelder in den Bereichen der IT und der kritischen Infrastruktur festgelegt und dringend evaluiert werden.
- Aufbau einer geeigneten Risiko- und Krisenkommunikation (social Media, Twitter…) sowie Schaffung von weiteren Personalressourcen im Katastrophenschutz.
- Finanzielle Ressourcenerweiterung im Katastrophenschutz ist zuständigkeitshalber vom Land Bremen sicherzustellen (Beispiele Warnung der Bevölkerung, Modernisierung Stabsräumlichkeiten, Sensibilisierung der Bevölkerung).
- Verantwortung des Landes für den Katastrophenschutz, insbesondere bei deren Finanzierung politisch herausstellen.
- Technische Bestände ermitteln - was, wieviel und wo?
- Aktuelle Zeitfenster überprüfen, anpassen und schnellere Umsetzung erreichen.
- In dieses Konzept sollen die Erfahrungen und Konzepte anderer Katastrophenschutzbehörden enthalten sein, wie auch die zu erwarteten Kosten.

- Beim Aufbau der weiteren Maßnahmen sind konsequent alle Förderprogramme des Bundes (BBK) sowie die finanziellen Unterstützungen des Landes Bremen zu fordern und zu berücksichtigen. Wir erwarten einen ersten Zwischenbericht in der 1. Sitzung des Ausschusses Öffentliche Sicherheit 2022.

- Überprüfung auf Verbesserungsbedarf für die vorhandene Katastrophenplanung durch die Initiierung einer Kommission „Katastrophenvorsorge Bremerhaven“ unter Führung der Feuerwehr Bremerhaven, bestehend aus Vertretern der erforderlichen Institutionen, wie zum Beispiel: Magistrat, Deichbeirat, THW und weiteren relevanten Kräften.

- Schaffung von lokalen Katastrophenschutzbedarfsplänen, analog der bekannten Brandschutzbedarfspläne für die Feuerwehr.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Antrag